

**CDU-Fraktion** im Rat der Stadt Köln  
Fraktion **Bündnis 90/Die Grünen** im Kölner Rat

An den  
Vorsitzenden des Finanzausschusses

Herrn  
Martin Börschel

Oberbürgermeisterin  
Frau Henriette Reker

Eingang beim Amt der Oberbürgermeisterin: 09.05.2016

**AN/0868/2016**

**Dringlichkeitsantrag gem. § 12 der Geschäftsordnung des Rates**

<b>Gremium</b>	<b>Datum der Sitzung</b>
Finanzausschuss	09.05.2016

**Einführung einer Wettbürosteuer in Köln**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,  
sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

die Fraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen bitten Sie, folgenden Dringlichkeitsantrag auf die Tagesordnung der Sitzung des Finanzausschusses am 09.05.2016 zu nehmen:

**Beschluss:**

Die Verwaltung wird beauftragt, dem Ausschuss Allgemeine Verwaltung u. Rechtsfragen/Internationales/Vergabe, dem Finanzausschuss und dem Rat im Rahmen der nun beginnenden Beratungen zum Haushaltsplanentwurf 2016/2017 eine Beschlussvorlage für eine Satzung zur Einführung einer Wettbürosteuer als örtliche Aufwandssteuer zur Beschlussfassung vorzulegen.

**Begründung:**

Durch die aktuelle Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts Münster wurde nun für die Kommunen in Hinsicht auf eine Wettbürosteuer Klarheit geschaffen. Ihre Einführung soll sowohl eine ordnungspolitische Lenkungswirkung im Kölner Stadtgebiet als auch eine Einnahmewirkung für den Stadthaushalt entfalten.

In einer Mitteilung an den Ausschuss Soziales und Senioren am 14.04.2016 (0586/2016) stellte die Verwaltung das Handlungskonzept zur Verhinderung und Reduzierung der patho-

logischen Glücksspielsucht in der Stadt Köln vor. Laut den dort gemachten Angaben wurden im Kölner Stadtgebiet 518 Wettvermittlungsstellen ermittelt. Demnach werden aufgrund der Verzögerungen für das Konzessionsverfahren (vgl. Mitteilung der Verwaltung vom 19.03.2014 (0270/2014)) die Zielsetzungen durch den am 01.12.2012 in Kraft getretenen Glücksspielstaatsvertrag, in dessen Folge die Zahl der Sportwettenvermittlungsstellen in Köln auf ca. 40 Betriebe begrenzt werden sollte, weiterhin erheblich verfehlt. Die Einführung einer Wettbürosteuer kann nun den gewünschten Prozess nachhaltig beschleunigen.

Als erste Gemeinde in Nordrhein-Westfalen führte 2014 Hagen eine Wettbürosteuer als örtliche Aufwandsteuer ein. Andere Städte wie Herne, Dortmund oder Aachen sind dem Beispiel gefolgt. Seit dem 01.01.2016 gehört auch die Landeshauptstadt Düsseldorf hierzu. Der Besteuerung unterliegen Wettbüros, in denen Sport- und Pferdewetten live mitverfolgt werden können. Als Bemessungsgrundlage dient die Veranstaltungsfläche der genutzten Räume.

Die Stadt Dortmund rechnet mit jährlichen Einnahmen durch die Wettbürosteuer in Höhe von 800.000 € bei rund 62 betroffenen Betrieben. In Hagen wurde die Einnahmeerwartungen bei 16 betroffenen Betrieben mit 120.000 € pro Jahr angesetzt und im ersten Jahr um rund 10% überschritten. In Köln bestanden nach einer Schätzung aus dem Jahre 2014 rund 1.000 Wettbüros. Sportwetten verfügen über ein hohes Suchtpotential, weshalb die Verwaltung beauftragt wurde, ein Konzept zu erstellen, um die Wettbüros festzustellen und das illegale Glücksspiel zu verhindern. Die Einführung einer Wettbürosteuer kann hier ebenfalls zur Vermeidung gesundheitlicher Risiken beitragen.

Nach der Einführung einer Wettbürosteuer in Nordrhein-Westfalen wurden zunächst rechtliche Bedenken gegen die Belastung erhoben. Das Oberverwaltungsgericht in Münster hat jedoch in drei Musterverfahren zur Wettbürosteuersatzung der Stadt Dortmund klargestellt, dass das Heranziehen von Wettbürobetreibern zu einer Wettbürosteuer rechtmäßig ist. *Damit haben die Kommunen eine solide Rechtsgrundlage.*

### **Begründung der Dringlichkeit:**

Die Einführung einer Wettbürosteuer für die Stadt Köln soll aus ordnungspolitischen und fiskalischen Gründen nun zügig vorbereitet werden, damit sie so schnell wie möglich in Kraft treten kann. Daher soll die Verwaltung unverzüglich die dafür notwendigen Grundlagen schaffen.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Niklas Kienitz  
CDU-Fraktionsgeschäftsführer

gez. Jörg Frank  
GRÜNE-Fraktionsgeschäftsführer